

Ein erster zaghafter Versuch

Die Vertreter der Regionen: Der DPD zwischen Anspruch und Wirklichkeit

von **Monika Arnez**

Mit dem DPD (Dewan Perwakilan Daerah — Regionalrat) wurde neben dem Nationalparlament (Dewan Perwakilan Rakyat, DPR) eine zweite Parlamentskammer geschaffen, die infolge der Verfassungsänderungen vom 8. und 9. Juli 2003 ins Leben gerufen wurde. Der DPD soll sich künftig insbesondere Fragen der regionalen Autonomie widmen. Da die Mitglieder des DPD erst im September 2004 vereidigt werden, ist es noch nicht möglich, konkrete Aussagen über ihre Performance zu treffen. Dennoch lassen sich anhand der Struktur, des Aufgabengebietes und der Zusammensetzung der neuen Kammer erste Tendenzen aufzeigen, die Aufschluss über ihre Rolle und Funktion geben können.

Die Kompetenzen des DPD

Die Kompetenzen des DPD waren ursprünglich an das Vorbild der USA angelehnt. Die Idee, den DPD zu schaffen, stammt von dem mittlerweile verstorbenen Politikwissenschaftler Afan Gaffar. Das Ziel bestand darin, den Regionen eine Stimme zu verleihen und eine direkte Verbindung zwischen den dort lebenden Einwohnern und der Zentralregierung herzustellen. Jedoch wurde die dem DPD zugeordnete Kompetenz durch Politiker des MPR (*Majelis Permusyawaratan Rakyat* — Beratende Volksversammlung) beschnitten, als diese die Verfassung von 1945 änderten. Auch die größeren Parteien unterstützten die Einrichtung des DPD nur halbherzig; sie bemühten sich sehr, seine Macht und Funktion einzuschränken.

Formell unterscheidet sich der US-amerikanische Senat unter anderem in folgenden Punkten vom DPD: In den USA erhalten jeweils zwei Senatoren aus jedem Bundesstaat einen Sitz. In Indonesien sind es hingegen vier DPD-Mitglieder, die aus jeder Provinz per Direktwahl gewählt werden. Auch die Anzahl der Mitglieder unterscheidet sich: Sind es in den USA seit 1959 exakt 100 Senatoren, setzt sich der DPD derzeit aus 128

Provinzvertretern zusammen. Die DPD-Mitglieder sind in ihrer Provinz stationiert und halten sich in Jakarta nur während der Sitzungen des Regionalparlaments auf. Sie bleiben so lange im Amt, bis die neuen DPD-Mitglieder nach einer Wahl vereidigt werden. Der hauptsächliche Unterschied zwischen dem US-amerikanischen Senat und dem DPD liegt jedoch in den jeweiligen Kompetenzen und Funktionen. In den USA hat der Senat bei dem Erlass von Gesetzen eine gleichberechtigte Stellung zum Repräsentantenhaus inne, während der DPD eindeutig weniger Befugnisse hat als das Nationalparlament. Um einen Überblick über die Kompetenzen zu geben, sollen hier die wichtigsten Aufgaben des DPD kurz zusammengefasst werden.

Der DPD kann:

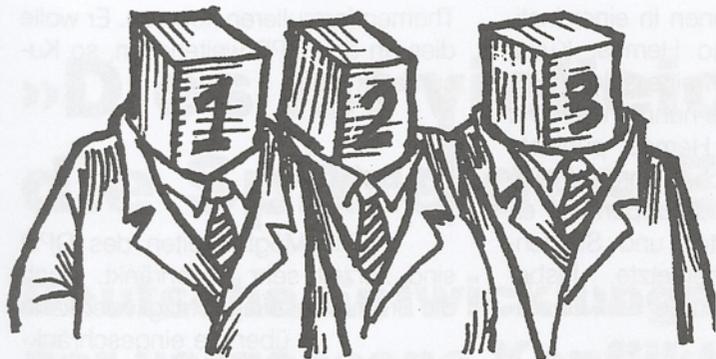
- dem DPR Gesetzesentwürfe vorschlagen, die sich auf regionale Angelegenheiten beziehen (regionale Autonomie, Verhältnis zwischen der nationalen Regierung und der Provinzregierung, Management von natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen, die mit dem finanziellen Ausgleich zwischen Zentrum und Region im Zusammenhang stehen)
- an der Diskussion von Gesetzesentwürfen zu regionalen Inhalten teilnehmen

- den DPR hinsichtlich des Staatsbudgets, der Steuern, der Bildung und der Religion beraten
- die Implementierung dieser Gesetze beaufsichtigen und dem DPR darüber berichten

Wesentliche Einschränkungen des DPD werden hier bereits offenkundig. Obwohl die neue Parlamentskammer die Funktion hat, die Implementierung spezieller Gesetze, die in ihren Aufgabenbereich fällt, zu beaufsichtigen, hat sie nicht dasselbe Recht wie der DPR, bestimmte Personen oder Institutionen vorzuladen. Außerdem kann der DPD zwar Gesetzesentwürfe zur Diskussion bringen, letztlich entscheiden aber der DPR und die Regierung über deren Implementierung. Zudem legt Paragraph 44 des Gesetzes UU 22/2003 fest, dass sich die Kompetenz des DPD bei der Einbringung von Gesetzesvorschlägen lediglich auf schriftliche Beiträge beschränkt. Den Mitgliedern des DPD wird also keine Gesprächszeit im DPR eingeräumt. Vorschläge des DPD gehen anschließend in die zweite Phase und werden zwischen Nationalparlament und Regierung besprochen.

Eine weitere Einschränkung des DPD besteht in seiner Mitgliederzahl: Diese ist auf ein Drittel der Sitze

Die Autorin ist Post-Doktorandin am Malaiologischen Apparat der Universität Köln.



des DPR beschränkt; dies hat Auswirkungen auf die relative Stärke der DPD-Mitglieder in der Beratenden Volksversammlung (MPR). Aus dem Gesetz UU 22/2003 geht demnach hervor, dass der DPD kein Gesetzgeber, sondern nur Ratgeber sowohl für die Regierung als auch für das Nationalparlament in Bezug auf regionale Angelegenheiten ist. Der DPD ist offensichtlich nur dazu befugt, Gesetzesvorschläge zu machen, Gesetzgeber aber ist und bleibt das Nationalparlament.

Formalitäten: Die Wahl der Repräsentanten

Bei den Mitgliedern des DPD ist Parteiunabhängigkeit Voraussetzung. Jede Provinz schickt vier Personen durch die Direktwahl an den DPD. Jede Provinz ist ein Wahlbezirk, und die Wähler dürfen nur einen Kandidaten wählen. Das System ist bekannt als *Single Non Transferable Vote* (SNTV). Die Zahl der DPD-Mitglieder ergibt sich aus der Anzahl der indonesischen Provinzen. Da dies zurzeit 32 sind, hat der DPD 128 Mitglieder. DPD-Kandidaten müssen die Unterschrift von mehreren Tausend Personen, abhängig von der Größe des jeweiligen Wahlbezirks, bei dem Nationalen Wahlausschuss (KPU) vorlegen. Des Weiteren ist es für die Kandidaten obligatorisch, drei Jahre in Folge in der Provinz, für die sie sich zur Wahl stellen, gewohnt oder seit dem Alter von 17 Jahren insgesamt zehn Jahre ihren Wohnsitz in der betreffenden Provinz gehabt zu haben. DPD-Kandidaten durften bei den Wahlen 2004 mindestens drei Monate nach Erlass des Generellen Wahlgesetzes, dem 12.6.2003, nicht mehr Parteivorsitzende gewesen sein. Ab der nächsten Wahl müssen vier Jahre zwischen dem Datum der Kandidatur und dem Parteivorsitz lie-

gen. DPD-Kandidaten, die Beamte oder Mitglieder der TNI beziehungsweise der Polizei sind, sind verpflichtet, im Falle ihrer Wahl von diesen Positionen zurück zu treten. Weitere Voraus-

setzungen für die Kandidatur sind folgende: Kandidaten müssen wenigstens 21 Jahre alt sein, an Gott glauben, indonesische Staatsbürger sein, Indonesisch in Wort und Schrift beherrschen, die Oberschule besucht haben, die *Pancasila* als Staatsgrundlage anerkennen und die Verfassung von 1945 akzeptieren.

Hindernisse bei der Kandidatur

Es ist nicht leicht, die Hürden zu überwinden, die im Zusammenhang mit einer Kandidatur für den DPD stehen. Bei einer Bevölkerungsgröße von zehn Millionen muss ein Kandidat 1.000 Kopien von Personalausweisen seiner Unterstützer vorlegen, bei fünf Millionen bis zehn Millionen sind es 3.000 und bei über 15 Millionen muss er die Unterstützung von wenigstens 5.000 Wählern erlangen. Mindestens ein Viertel der Wähler muss aus den Städten der betreffenden Provinz stammen. Um diese Bedingungen zu erfüllen, kann man verschiedene Wege gehen. Entweder man hat schon vor der Kandidatur einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt oder über großen Einfluss verfügt beziehungsweise man hat genügend finanzielle Ressourcen, um sich die Unterstützung zu erkaufen oder man hat die Angaben gefälscht.

Zunächst zur ersten Variante: Es ist auffällig, dass sich viele Ex-Golkar-Funktionäre unter den Kandidaten befanden, die später auch gewählt wurden, wie etwa Sarwono Kusumaatmadja in Jakarta und Ginandjar Kartasasmita in Westjava. Ihre guten Kontakte innerhalb Golkars dürften ihnen in jedem Fall geholfen haben, einen Sitz im DPD zu bekommen. Außerdem ist auch das Parla-

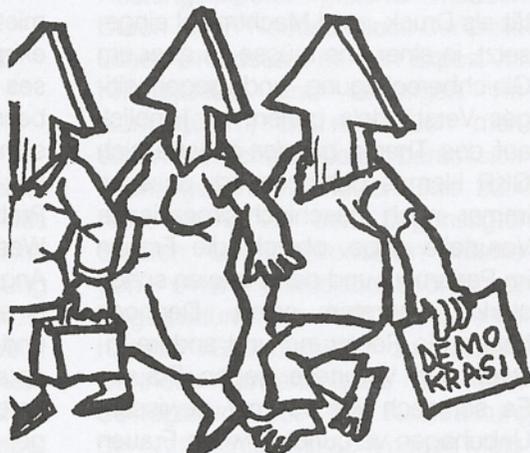
ment, das die Bedingungen für die DPD-Kandidatur gestellt hat, von der Golkar der neuen Ordnung unter Ex-Präsident Suharto dominiert. Dasselbe gilt nach Angaben von *Radio Nederland* auch für den Nationalen Wahlausschuss.

Die Fälschung der Angaben ist auch ein Weg, den viele Kandidaten in Indonesien beschritten haben. Es war gängige Praxis, ohne Erlaubnis der Bürger Kopien von Personalausweisen für die Kandidatur anzuhängen. Die Kandidaten haben auch Copyshops dafür bestochen, dass diese ihnen fotokopierte Personalausweise übergaben. Nur wenige Kandidaten sind jedoch bisher für ein solches Vergehen bestraft worden.

Die Prominenz im DPD

Betrachtet man die bei den Wahlen des DPD erfolgreichen Kandidaten, stellt man fest, dass es sich vorwiegend um bereits seit längerer Zeit bekannte Personen des öffentlichen Lebens handelt. Aspekte wie Prominenz und teilweise auch politische Erfahrung dürften eine zentrale Rolle gespielt haben. Außerdem hat man sich wieder auf alt bewährte Traditionen besonnen, wobei zum Beispiel auffällt, dass allein zwei Mitglieder, Mooryati Soedibyo, und GKR (Gusti Kanjeng Ratu) Hemas für Yogyakarta Angehörige des Hofes in Yogyakarta sind. Beide machen sich für die Gleichberechtigung von Mann und Frau stark, wobei GKR Hemas bewusst auf die Bedeutung moralischer Werte hinweist.

Mooryati Soedibyo, Gründerin der Kosmetikfirma *PT Mustika Ratu Tbk* im Jahre 1970, hat in der Provinz DKI Jakarta die meisten Stimmen erzielt. Soedibyo ist eine Nachfahrin



des Königshofes Yogyakarta. Den Königshöfen sagt man in Indonesien nach, dass sie sich mit Naturkosmetik (*jamu*) besonders gut auskannten, und Soedibyo bestätigte dies, als sie in einem Interview sagte, in der Palastküche habe sich alles um *jamu* gedreht. Passend zu diesem Hintergrund punktete Soedibyo in ihrem Wahlkampf vorwiegend mit frauenspezifischen Themen. Sie erklärte, sie werde versuchen dazu beizutragen, dass Gewalt gegen Frauen eingedämmt werde. Auch Arbeiterinnen im Ausland (*Tenaga Kerja Wanita*, TKW) müsse geholfen werden. Die Regierung dürfe nicht tatenlos dabei zusehen, wie sie aufgrund zweifelhafter Gesetzgebung in anderen Ländern inhaftiert würden. Sie kommentierte: »Ich möchte, dass die Frauen zusammenstehen und für ihre Rechte in der Gesellschaft kämpfen, dass sie die gleiche Erziehung wie Männer genießen. Dies gilt auch für andere Felder wie die Politik«.

GKR Hemas, die Frau des Sultans Hamengku Buwono X, hat vorwiegend moralische Themen für ihren Wahlkampf verwendet. So sprach sie sich öffentlich gegen Polygamie aus. Diese Form des Zusammenlebens diene vorwiegend dazu, den Sexualtrieb auszuleben, und degradiere Frauen als Menschen zweiter Klasse. In der Polygamie, so Hemas, werde Sexualität als Druck-, und Machtmittel eingesetzt, in einer Ehe müsse es aber um Gleichberechtigung und gegenseitiges Verständnis gehen. Im Hinblick auf das Thema *gender* äußerte sich GKR Hemas dahingehend, dass es immer noch geschlechtsspezifische Vorurteile gebe, obwohl die Frauen im Parlament und den Parteien schon stärker vertreten seien. Dennoch hätten die Regierung und andere Institutionen Vorurteile gegen Frauen. Es sei nach wie vor mit gewissem Unbehagen verbunden, wenn Frauen

strategische Positionen in einer Institution besetzten, so Hemas. Kultur und Tradition hätten eine solche Einstellung geprägt, die nunmehr schwer zu beheben sei. Hemas punktete damit, dass sie sich in ihrem Wahlkampf mit den Randgruppen wie etwa den Prostituierten und Straßenkindern auseinandersetzte. Insbesondere appellierte sie an Gesell-



schaft und Legislative, konkrete Lösungen für die Bedrohung durch AIDS zu finden.

Der Ex-Golkar Funktionär Kusumaatmadja war ebenfalls erfolgreich bei den Wahlen. Der ehemalige Generalsekretär der Golkar hatte seinen Wahlkampf perfekt organisiert, mietete sich sogar für sein Wahlteam extra ein Haus in Jakarta, damit dieses seine bestehenden Kontakte besser nutzen konnte. Er gewann seine Sympathien hauptsächlich daher, dass er versprach, drängende Probleme in Jakarta wie unsauberes Wasser und Überschwemmungen in Angriff zu nehmen. Außerdem reiste er auch an die Randgebiete Jakartas und setzte auf die persönliche Ansprache der Wähler. So verteilte er unter anderem Zettel, auf denen Bürger ihre Meinung zu bestimmten

Themen formulieren konnten. Er wolle dies an den DPR weiterleiten, so Kusumaatmadja.

Ausblick

Die Möglichkeiten des DPD sind zurzeit sehr beschränkt. Auch die Prominenz einiger Mitglieder kann über die eingeschränkten Kompetenzen, die sich unter anderem darin äußern, dass der DPD keine Gesetze erlassen kann, nicht hinwegtäuschen. Zudem ist es gerade aufgrund dieser Prominenz fragwürdig, ob die DPD-Mitglieder tatsächlich die Absicht hegen, die Regionen angemessen zu vertreten, oder ob nicht andere Motive wichtiger waren. Zumindest bei Kusumaatmadja ging es doch wohl eher um die Wiederherstellung verlorener Macht als um wahres Interesse an der neuen Funktion. Und bei den vorgestellten Frauen steht der *gender*-Aspekt so stark im Vordergrund, dass es zweifelhaft ist, ob dies wirklich für die gesamte Bevölkerung in Jakarta respektive Yogyakarta relevant ist.

Der erste Versuch einiger DPD-Mitglieder, sich in die Politik einzubringen, wirkt auch eher zaghaft: Sie haben gefordert, dass die Revision des Gesetzes UU 22/1999 zu regionaler Autonomie und die Revision des Gesetzes UU 25/1999 zum Finanzausgleich zwischen Zentrum und Regionen so lange aufgeschoben werde, bis sie und auch die Mitglieder des Nationalparlaments im September vereidigt seien. Es wirkt fast so, als wollten sie der Öffentlichkeit sagen: Wir haben auch eine Daseinsberechtigung. Künftig wird es jedoch hauptsächlich darum gehen, diese auch unter Beweis zu stellen.